UNIVERSITY OF CALIFORNIA AT LOS ANGELES
JUN 20 1936
LIBRARY

Nachmittags-Ausgabe.

Deutsches Nachrichtenbüro G.m.b.H.

(Als Manuskript gedruckt, Nachdruck und jede Art Verbreitung ohne Vereinbarung untersagt. Ohne alle Gewähr.)

3. Jahrg. 1936	Berlin, Mittwoch, 10. Juni	Nr. 751

Der Sittlichkeitsprozeß gegen die Franziskanerbrüder.

Koblenz, 10. Juni. Der Prozeß gegen die 276 Franziskanerbrüder nahm am Mittwoch seinen Fortgang. Auf der Anklagebank saß der 25 Jahre alte Hans Broß (Bruder Alexander). Er ist angeklagt, in mindestens 16 Fällen mit Ordensbrüdern und auch einmal mit einem Kranken widernatürliche Unzucht getrieben zu haben. Der Angeklagte will zunächst ein „Opfer" des Franziskanerpaters Steinhoff (Leovigill) geworden sein. Er hat sich später in zahlreichen Fällen erheblich sittlich vergangen, und zwar in den Klöstern Waldbreitbach, Bingen, Kreuznach und Waldniel.

Broß ist in Württemberg geboren. In seiner Jugend hat er eine strenge Erziehung genossen. Nach seiner Schulentlassung trat er in das Kloster Waldbreitbach ein. Als Novize kam er zum ersten Mal mit dem bereits verurteilten Pater Leovigill in Berührung. Broß erklärte, daß er von Liovigill verführt worden sei. Schon damals habe er sich bei dem Oberen des Klosters beschwert, der jedoch gesagt habe: „Sie brauchen sich ja nicht verführen zu lassen."

Dann habe Broß seinem Vater geschrieben, er möge nach Waldbreitbach kommen. Der Vater kam, ließ sich von seinem Sohn über die vorgefallenen Dinge unterrichten und sprach dann mit dem Oberen und dem Novizenmeister. Diese beiden beruhigten jedoch den Vater und stellten die Dinge als harmlos dar. Inzwischen kam Broß sittlich immer mehr auf die schiefe Bahn und ließ sich außer mit Pater Leovigill auch mit verschiedenen Ordensbrüdern ein. Schließlich bekam er Ekel vor diesen Dingen und wollte das Kloster verlassen. Er wurde daraufhin nach Oberbuchenau versetzt. Auch hier wurde der Wunsch, das Kloster zu verlassen, immer stärker.

Broß hat dann noch einmal seinen Vater alles geschildert, und darauf kam dann der Stein ins Rollen. Der Vater schrieb an den Bischof von Trier. Das bischöfliche Generalvikariat antwortete nach einiger Zeit, für diese Angelegenheit sei nur die Ordens-Gesellschaft selber zuständig; der Vater möge die Sache nach Waldbreitbach oder auch nach Rom melden. Als der Vater des Broß auf mehrere Briefe keine Antwort erhielt, schrieb er an den Bischof von Trier, der Bischof möge dafür Sorge tragen, daß in den Klöstern mit eisernem Besen ausgekehrt werde. Unglaublicherweise wurde aber nichts in dieser Sache unternommen. Broß wurde zu diesem Zeitpunkt aus dem Kloster entlassen, und kam dann 1935 in den Arbeitsdienst, wo er sich bis zu seiner Verhaftung am 18. November 1935 gut führte.

Es wird dann in die Beweisaufnahme eingetreten. Als erster Zeuge wird ein Heinrich G. vernommen, an dem sich Bruder Alexander im Dezember 1933 vergangen haben soll.

Der nächste Zeuge, Franziskanerbruder Hellmuth Reissing (Bruder Raimund), der aus der Untersuchungshaft vorgeführt wird, gibt zu, sich mit dem Angeklagten in verschiedenen Klöstern sittlich vergangen zu haben. Der Zeuge bekundet, diese Verfehlungen gebeichtet zu haben. Der Beichtvater habe aber gesagt, wenn man es nicht mehr lassen könne, sei es keine Sünde. Der Zeuge gibt zu, auch mit den Ordensbrüdern Nikomedes und Emanuel widernatürlich verkehrt zu haben. Von Verführung sei keine Rede gewesen. Er selbst wie auch der Angeklagte seien bereits verdorben gewesen.

Der dritte Zeuge, Ordensbruder Jakob Böcken (genannt Bruder Arkadius), der sich ebenfalls in Untersuchungshaft befindet, gibt zu, mit dem Angeklagten, sowie einem anderen Ordensbruder und sechs Pfleglingen in Waldbreitbach und Linz a. Rh. verkehrt zu haben.

Sodann wurde als Hauptzeuge der bereits im Mai zu acht Jahren Zuchthaus verurteilte Franziskanerpater Steinhoff (Leovigill) vernommen. Er hat den Angeklagten bereits verführt, als dieser mit 14 Jahren als Aspirant in das Kloster eintrat. Als Broß wegen der Beziehungen Bedenken hatte, bei Pater Leovigill zu kommunizieren, habe Leovigill diese Gewissensbedenken bei Broß behoben und ihm gesagt, er werde ihm eine Hostie verabreichen, die nicht konsekriert (geweiht) sei. Leovigill habe im übrigen dem Broß auch ganze Serien von weiblichen Aktphotographien gezeigt. Aus dem weiteren Teil der Verhandlung ergibt sich, daß der Angeklagte noch mit acht Ordensbrüdern verkehrt hat. Zwei Ordensbrüder, mit denen der Angeklagte ebenfalls verkehrt hat, sind ins Ausland geflüchtet.

Damit wurde die Beweisaufnahme geschlossen. Es trat eine Mittagspause ein.

Abschluß der Danzig-polnischen Verhandlungen in Zoppot.

Danzig, 10. Juni. Die Pressestelle des Senats teilt mit: Die Verhandlungen zur Regelung der Fragen, die mit den Auswirkungen der polnischen Devisenbewirtschaftung auf Danzig verbunden sind, sind am 9. Juni in Zoppot durch Unterzeichnung eines Uebereinkommens beendet worden. Der polnische Delegationsführer, Departementsdirektor Rose, ist nachts mit der polnischen Delegation nach Warschau zurückgereist.

Auch in Gdingen Zusammenstöße mit Arbeitern.

Warschau, 10. Juni. Nachdem es am Montag in Thorn zu schweren Zusammenstößen zwischen der Polizei und streikenden Arbeitern gekommen war, erfolgten am Dienstag in Gdingen Zusammenstöße zwischen der Polizei und streikenden Bauarbeitern, in deren Verlauf eine Anzahl von Kundgebern verwundet wurde. Auch in Sochaczew ist ein Streik der bei öffentlichen Arbeiten Beschäftigten ausgebrochen, der jedoch ruhig verläuft. Im Zusammenhang mit diesen Ereignissen warnt die Presse die Arbeiterschaft vor der Wühlarbeit kommunistischer Agitatoren.

Gazeta Polska schreibt, die Streikbewegung habe sich in den letzten Tagen in beunruhigender Weise ausgedehnt. Zweifellos handele es sich dabei um eine planmäßige staatsfeindliche Bewegung, deren Ziel es sei, die Abwicklung der Arbeiten zu erschweren. Alle Leute guten Willens müßten die Aufmerksamkeit auf dieses Vorgehen richten und darauf hinweisen, daß es sich bei diesen Streiks um ein böswilliges Ziel handele, bei dem die Lage des polnischen Arbeiters zu taktischen Manövern ausgenutzt werden solle.

Die Streiklage in Frankreich unverändert.

Paris, 10. Juni. Die Streiklage ist in ganz Frankreich im wesentlichen unverändert. Lediglich in den nordfranzösischen Gruben konnte eine Einigung erzielt werden, sodaß am Donnerstag die Wiederaufnahme der Arbeit erfolgen wird. Der Streik in den Versicherungsgesellschaften dauert jedoch noch an, obgleich hier bereits eine grundsätzliche Einigung erzielt wurde. Die Büroräume sind, wie überall, von den Angestellten besetzt.

Inzwischen hat sich die Streikwelle aber auch auf zahlreiche Modeschneidereien ausgedehnt. Die Näherinnen der Modehäuser im Zentrum der Stadt halten ebenfalls die Ateliers besetzt. Die Vorführdamen haben sich ihnen angeschlossen. In den Lebensmittelbetrieben, in der Metallindustrie und bei den großen Warenhäusern ist alles unverändert.

In zahlreichen anderen Geschäftszweigen, wie bei der Pariser Verkehrsgesellschaft und bei den Börsenangestellten, sind Verhandlungen im Gange. Der Streik dürfte hier wahrscheinlich vermieden werden.

„Le Journal" zur Aenderung in Italiens Außenministerium.

Paris, 10. Juni. Der Personalveränderung im italienischen Außenministerium wird von der Pariser Presse erhebliche Bedeutung beigemessen.

Das Journal erklärt, Italien befinde sich an einem Wendepunkt. Die Veränderung im Außenministerium sei keine theatralische Geste, sondern bedeute eine völlige Umformung der außenpolitischen Leitung und der Propaganda. Bemerkenswert sei ebenfalls die Ersetzung Suvichs durch den italienischen Botschafter in Warschau. Eine Aktion großen Umfanges sei in Sicht. Wenn die Sanktionen andauerten, werde Italien seinen Platz nicht mehr in Genf, sondern in der ersten Reihe der Unzufriedenen haben.

Italienische Pressestimmen zur Regierungsumbildung.

Rom, 10. Juni. Die neuen italienischen Regierungsmitglieder, vor allem der neue Außenminister Graf Ciano und sein Staatssekretär Bastianini werden in Italien als die Vertreter der neuen faschistischen Generation begrüßt, die längst zum Stabe der engsten Mitarbeiter Mussolinis gehören, und denen der Regierungschef jetzt in vollem Vertrauen auf ihre Schulung Regierungsstellen von größter Verantwortung übertragen habe.

Die Wahl des neuen Außenministers, so schreibt **Messaggero**, konnte nach dem Gefühl der öffentlichen Meinung nicht glücklicher und passender getroffen werden. Als Propagandaminister hat Graf Ciano außergewöhnliche politische und konstruktive Fähigkeiten gezeigt, die auch in der Außenpolitik ihren Niederschlag fanden. Graf Ciano wird auch die neuen und verantwortungsvollen Aufgaben, zu denen ihn das Vertrauen Mussolinis berufen hat, mit glücklicher Hand und vollem Erfolg meistern.

Auch die Ernennung Bastianinis zum Staatssekretär des Aeußeren wird mit größter Genugtuung aufgenommen. Der in den Reihen der Schwarzhemden und bei der ganzen Nation sehr beliebte Bastianini hat, wie „Messaggero" betont, während seiner Botschafterzeit in Warschau und seinen früheren Aemtern die Fähigkeiten eines weitblickenden, einfühlungsstarken und gründlichen Diplomaten bewiesen, der Menschen und Dinge zu nehmen versteht.

Nicht weniger lebhaft anerkannt werden in der römischen Presse die Verdienste, die sich der neue Propagandaminister Alfiero als Stellvertreter Cianos während des abessinischen Feldzuges bei der interimistischen Leitung des Propagandaministeriums erworben hat, ferner die hervorragende Rolle, die dem neuen Kolonialminister Lessona als einem der wichtigsten Organisatoren des ostafrikanischen Unternehmens zukommt, und schließlich die entscheidenden Erfolge, die der neue Korporationsminister Lantini im italienischen Abwehrkampf gegen den Sanktionskrieg zu verzeichnen hat.

Das Mittagsblatt des **Giornale d'Italia** unterstreicht die im faschistischen Italien zu beobachtende Heranbildung des „Generalstabs einer durchgeschulten politischen Schicht", ohne die jeder Staat, ob groß oder klein, zum sicheren Verfall verurteilt sei. Die Erneuerung des Ministeriums könne als eine Folge der Beendigung des Krieges betrachtet werden, in dem Mussolini eine Reihe von Ministerien in seinen Händen vereinigt hielt, die er jetzt seinen, bereits mit seinen Gedanken und seinem Arbeitssystem vertrauten Mitarbeitern anvertraut habe.

Eisenbahnunglück in Italien.

Rom, 10. Juni. Am Mittwoch morgen entgleiste bei Neapel aus bisher unbekannter Ursache ein Zug der Kleinbahn Neapel-Nola. Rettungsmannschaften aus Neapel bargen bisher 40 Verwundete und sechs Tote aus den Trümmern.

Einführung einer ostafrikanischen Normalzeit.

London, 10. Juni. Die kürzlich in Daressalaam abgehaltene Konferenz der Gouverneure von Tanganjika, Uganda, Kenia und Sansibar hat beschlossen, in diesen Gebieten eine Normalzeit einzuführen, die 2½ Stunden vor der Greenwich-Zeit liegt. Die Neuregelung soll am 1. Januar 1937 in Kraft treten.

Japan für wirtschaftliche Zusammenarbeit mit England.

Tokio, 10. Juni. Die Agentur Domei meldet, daß der zur Zeit in Tokio auf Urlaub weilende Handelsattaché Matsuyama sofort nach London zurückkehre, um zusammen mit Botschafter Yoschida die Möglichkeiten der Neuregelung der englisch-japanischeen Wirtschaftungsbeziehungen zu prüfen. Die Agentur fügt hinzu, daß England ein Viertel der Welt besitze und somit die wichtigsten Märkte und Rohstoffe kontrolliere. Zur Wiederbelebung der internationalen Wirtschaft strebe Japan die Zusammenarbeit mit England an, um eine Milderung oder Beseitigung der einengenden Kontrollmaßnahmen zu erreichen.

Japan gibt die Exterritorialität in der Mandschurei auf.

Tokio, 10. Juni. Sowohl in Hsingking als auch in Tokio wird gleichzeitig ein Abkommen über die Aufhebung der japanischen Exterritorialitätsrechte in Madschukuo veröffentlicht. Das Abkommen tritt grundsätzlich am 1. Juli in Kraft; es ist jedoch eine schrittweise Aufhebung und allmähliche Beseitigung der Sonderrechte vorgesehen. Besondere Bestimmungen gelten für die Eisenbahnpachtzone, die erst mit Beginn des Jahres 1938 den Gesetzen Mandschukuos unterstellt wird.

Das japanische Außenministerium veröffentlicht eine grundsätzliche Erklärung, derzufolge die Japaner in Mandschukuo in Zukunft vollkommen gleichberechtigt, aber auch vollkommen gleichverpflichtet seien, so daß für sie das Niederlassungsrecht einschließlich des Handels-, Landwirtschafts- und Industrierechtes sowie aller Privatrechte als gesichert angesehen werden müsse. Das Außenamt hebt ebenso wie die Regierung in Hsingking den „großen Fortschritt im friedlichen und gesetzmäßigen Leben von fünf Völkern, nämlich der Japaner, Mandschuren, Koreaner, Mongolen und Chinesen", hervor.

Ein Sonderabkommen bindet die Regierung von Hsinking allerdings noch an die Zustimmung des japanischen Botschafters für alle von Mandschukuo auf die Japaner anzuwendenden Gesetze. Ferner behält sich Japan in der Bahnzone bis Ende 1937 die Polizeirechte vor. Der Uebergang sämtlicher Rechte auf Mandschukuo setzt nach japanischer Ansicht die Vervollkommnung des Rechts und des Steuersystems, die industrielle Entwicklung, den Fortschritt im Erziehungswesen und der militärischen und polizeilichen Ausbildung voraus.

Der republikanische Parteitag in Cleveland eröffnet.

Cleveland (Ohio), 10. Juni. In der großen Halle, in der vor zwölf Jahren Coolidge als republikanischer Präsidentschaftskandidat aufgestellt wurde, wurde am Dienstag mittag durch den Vorsitzenden des republikanischen Nationalausschusses, Fletcher, der republikanische Parteitag eröffnet. In der ersten Sitzung, die weniger als eine Stunde dauerte, wurden lediglich die verschiedenen Ausschüsse eingesetzt, so besonders ein Ausschuß zur Ausarbeitung des Parteiprogramms sowie Ausschüsse zur Lösung zahlreicher Streitfragen der Partei.

An dem Parteitag nehmen insgesamt 2761 Abgeordnete und stellvertretende Abgeordnete teil. Die Vorschläge für die Präsidentschaftskandidatur dürften erst am Donnerstag eingereicht werden. Anschließend findet dann die Abstimmung statt. Nach einer vorläufigen Umfrage unter den Abgeordneten dürfte Gouverneur Landon in der ersten Abstimmung 468 Stimmen erhalten, das sind 34 weniger, als zu seiner Aufstellung als Präsidentschaftskandidat notwendig sind.

Wie aus Washington gemeldet wird ist das erste Opfer des am heutigen Dienstag beginnenden republikanischen Parteitages der 71jährige Senator Borah, der gestern seine Kandidatur zurückzog und damit der Gegnerschaft gegen den aussichtsreichsten Kandidaten Landon einen weiteren schweren Schlag versetzte. Man dürfte nunmehr Landons Mitarbeitern die Ausarbeitung des Parteiprogramms überlassen.

Landon ist gestern wieder für „Rückkehr zur guten alten Demokratie" im Gegensatz zur diktatorischen Einstellung Roosevelts eingetreten, und wird auch eine — allerdings harmlose — Warnung vor monopolistischen Bestrebungen in das Parteiprogramm aufnehmen. Auch sonst wird er versuchen, dem Parteiprogramm ein möglichst liberales Gesicht zu geben, jedoch unter Beruhigung der Großunternehmer, daß sie weder mit Vorschriften gequält, noch mit hohen Steuern belastet werden würden. Außenpolitisch dürfte er für strikte Neutralität und Aufhebung des Verbots auf Lieferung von Kriegsmaterial eintreten. Außer dem Versprechen, in etwa 2 Jahren den Staatshaushalt auszugleichen, dürfte das Parteiprogramm nichts enthalten, was den Wählermassen großen Anreiz zur Wahl Landons geben könnte.

Unter großer Begeisterung der Delegierten hielt Senator Steiwer aus Oregon, der gegenwärtige Vorsitzende des Parteitages, die Eröffnungsrede, in der er in großen Zügen das Parteiprogramm und die Strategie des Kampfes gegen Roosevelt umriß. Ueber zwei Stunden lang geißelte er den neuen Kurs des Präsidenten.

Steiwer schlug vor, diesen neuen Kurs durch einen amerikanischen Kurs zu ersetzen. Selbst die riesige von Roosevelt aufgebaute Propagandamaschine werde nicht in der Lage sein, dem Volk dauernd Sand in die Augen zu streuen. Steiwer griff dann insbesondere die Rooseveltsche „Planwirtschaft des Mangels" an und erklärte, die Republikanische Partei wolle das wirtschaftliche Gleichgewicht wiederherstellen. Die Einnahmen der Landwirtschaft müßten denen der Industrie gleichkommen.

Er trat weiter für die Wiederherstellung des freien Wettbewerbs in der Industrie ein im Gegensatz zu den, wie er sagte, mißglückten Rooseveltschen Versuchen, die Wirtschaft zu regulieren oder sogar mit ihr in Wettbewerb zu treten. Das New deal habe zum ersten Mal in der Geschichte der Vereinigten Staaten die Klassen gegeneinander gehetzt. Unter Roosevelt habe lediglich die öffentliche Schuld geblüht; sie habe sich nämlich um über 14 Milliarden Dollar vermehrt.

Auf die ungeheuren Summen für Arbeitslosenunterstützung und Notstandsarbeiten hinweisend, führte Steiwer aus, der Beamtenapparat der Bundesregierung stehe nicht mehr in irgendeinem Verhältnis zu seiner Leistung. Die Günstlingswirtschaft und der Stimmenkauf mit den Geldern der Steuerzahler hätten die Tüchtigkeit ersetzt. Die Regierung sei heute der „gewissenloseste" Arbeitgeber im Lande, die Professoren und Theoretiker ersetzten die praktische Erfahrung. Die Kosten der Wiederbelebung der Wirtschaft seien unmäßig hoch, trotzdem gebe es noch immer 12½ Millionen Arbeitslose. Wenn auch die Regierung behaupte, sie besteuere die Reichen, so seien es doch die Armen, die die Hauptlast durch indirekte Steuern zu tragen hätten. Die Löhne seien nur 8 v. H. höher, aber die Lebenskosten seien um 20 v. H. gestiegen.

Steiwer wiederholte im übrigen die Programmpunkte der Republikaner, wie Freihaltung von fremden Verwicklungen in der Außenpolitik, gesunde Währungspolitik, einen ausgeglichenen Staatshaushalt, Zollschutz für Farmer und Industrielle und Aufhebung auf Gegenseitigkeit beruhender Handelsverträge.

Verantwortlich: Kurt Schwartzkopff, Berlin-Wilmersdorf.
Druck und Verlag: Deutsches Nachrichtenbüro G. m. b. H., Berlin.